

Länderbericht

Nordkoreas Kommunismus zwischen Moskau und Peking

Am 27. Juli währte der „längste Waffenstillstand der Geschichte“, jenes Abkommen, das den dreijährigen Korea-Krieg zunächst einmal offiziell zu einem Abschluß brachte, bereits 16 Jahre. Damals wurde der 38. Breitengrad erneut zur Demarkationslinie zwischen den beiden feindlichen Lagern des einen Volkes bestimmt. Sie gilt heute als die undurchlässigste Grenze der Welt. Seit 1953 entwickeln sich die Teile des Landes völlig getrennt und entgegengesetzt. Es bestehen weder Post- noch Telefon-, weder Verkehrs- noch Handelskontakte, und Verwandtenbesuche sind ebenfalls unmöglich. Nur selten dringen Neuigkeiten aus dem Norden nach außen, und die Ereignisse im Süden finden nur von Zeit zu Zeit Beachtung in der Welt. Mehrere spektakuläre Vorgänge jedoch ließen in den vergangenen zwei Jahren die Aufmerksamkeit anwachsen. Immer waren es bedauerliche und erschreckende Ereignisse, die dann auch fast regelmäßig das Gespenst einer neuen *militärischen Konfrontation* im Fernen Osten aufziehen ließen. Wieder einmal zeigt sich, daß man mit einer künstlichen Trennung, mit Waffenruhe ohne weitere Vereinbarungen für die zukünftige Entwicklung auf die Dauer Konflikte nicht beenden oder ausschalten kann, ja daß man damit anscheinend bereits die ersten Funken für einen neuen Brand schlägt.

Ein bleibender Konfliktherd

Vor genau zwei Jahren setzte sich die Regierung Südkoreas in ein sehr schlechtes Licht, als sie mehrere Koreaner aus der Bundesrepublik entführen ließ, denen Spionage für den Norden vorgeworfen wurde. Seine Absichten und Möglichkeiten demonstrierte der Norden am 22. und 23. Januar 1968 dann gleich zweimal hintereinander, als er zunächst ein Kommandounternehmen von 31 Mann in den Süden einschleuste mit dem Auftrag, in den Präsidentenpalast in Seoul einzudringen und Präsident *Park Chung Hee* zu ermorden. Das Unternehmen war kaum gescheitert, als mit der Kaperung der „Pueblo“ die Schutzmacht Südkoreas, die USA, erheblich getroffen wurde. Damals entstand nicht nur eine weitere Kriegsgefahr, sondern auch ein Zwist der amerikanischen und südkoreanischen Führung, da Seoul harte Gegenmaßnahmen und nicht nur eine optische Verstärkung der amerikanischen Präsenz in und um Korea erwartete. Die noch gemäßigte Reaktion Nixons auf den Abschluß eines amerikanischen Aufklärungsflugzeuges am 15. April 1969, gerade richtig zum 57. Geburtstag des nordkoreanischen Führers *Kim Il Sung* am gleichen Tage, dürfte diese Meinungsverschiedenheit noch verstärkt haben.

Diese Ereignisse und die ständig zunehmende Infiltration des Südens mit Agenten lassen ebenso wenig wie die Luftlande- und Luftbrückenmanöver der USA Platz für Genugtuung über eine 16 Jahre währende „Waffenruhe“. Beide Seiten unternehmen verstärkt Anstrengungen, um für eine weitere kriegerische Auseinandersetzung gerüstet zu sein, die die jeweils andere Seite angeblich plant. Wahrscheinlich hat sich das sowjetische Staatsoberhaupt Podgorny bei seinem Besuch in Nordkorea vom 15. bis

20. Mai besonders für eine Eindämmung der koreanischen Aggressivität eingesetzt, um damit zu verhindern, daß sich die Sowjets und Amerikaner, jeweils durch Abkommen mit dem nördlichen bzw. südlichen Teil des Landes gebunden, plötzlich in eine militärische Auseinandersetzung hineingezogen sehen. Mit wirtschaftlichen Anreizen gelingt es den Sowjets heute noch am ehesten, die Lage einigermaßen zu beruhigen. Auf jeden Fall dürften sie mehr erreichen als die amerikanischen und nordkoreanischen Verhandlungspartner der Waffenstillstandskommission in Panmunjom, die sich beispielsweise auf ihrer 289. Sitzung am 11. April viereinhalb Stunden gegenübermaßen, ohne auch nur ein Wort zu sagen, da man sich nicht einigen konnte, wer als erster reden sollte. Viel geredet wird hingegen davon seit 14 Jahren jeweils auf der UN-Herbsttagung. Doch ähnlich wie die Frage der chinesischen Präsenz in der Weltorganisation scheint auch die Behandlung des Korea-Problems, für dessen Lösung sich die Vereinten Nationen wegen ihrer damaligen Verurteilung der Angreifer und wegen ihrer militärischen Beteiligung an der Rückdrängung der nordkoreanischen und chinesischen Invasoren verantwortlich fühlen, eine reine Routinesache geworden zu sein, die in dieser Art wohl nie zu einer Lösung kommen wird. Ähnlich wie in Deutschland versteift sich der kommunistische Teil des Landes auf die Formel, nur *zweiseitige Verhandlungen* zwischen den beiden Teilen mit dem Übergangsziel einer Konföderation seien gangbar, während der nichtkommunistische Teil nach wie vor auf freien Wahlen unter internationaler Kontrolle beharrt. (In Korea und Deutschland wäre der prowestliche Teil — im Gegensatz zu Vietnam und China, den weiteren geteilten Ländern — rein zahlenmäßig von der Bevölkerung her weit überlegen.)

Kim Il Sung

Im Gegensatz zu *Ho Chi Minh* und *Mao Tse-tung*, die sich in jahrelangen Bürgerkriegswirren den ersten Platz erkämpften, verdankt der Nordkoreaner *Kim Il Sung* seine Ausgangsposition — ähnlich wie *W. Ulbricht* — der Einsetzung durch die Sowjets unter Stalin. Alle vier sind 20 bis 24 Jahre im Amt und konnten in dieser Zeit ihre Machtpositionen nicht nur festigen, sondern auch ausbauen. Und doch ist ihr Werdegang jeweils sehr unterschiedlich. Während *Mao Tse-tung* und *Ho Chi Minh* von Studenten und Revolutionären in aller Welt als Idol herausgestellt werden, dürfte den gleichen Kreisen vielfach noch nicht einmal der Name des mächtigsten Mannes der „Koreanischen Volksdemokratischen Republik“ (KVDR), wie sich Nordkorea nennt, bekannt sein. Dabei wird in der Volksrepublik mindestens ebensoviel Personenkult um *Kim Il Sung* getrieben wie in China um *Mao Tse-tung*, ja vieles sieht sogar wie eine gelungene Kopie des dortigen Modells aus. Seit Gründung der KVDR am 9. September 1948 hat *Kim Il Sung* alle Widersacher oder Konkurrenten ausgeschaltet. Heute vereint er als Generalsekretär der „Partei der Arbeit Koreas“ (PAK), als Ministerpräsident und Oberkommandierender der Volksarmee die wichtigsten Ämter in einer Person.

„Der dialektische Materialismus lehrt, daß die Historie den Menschen gestaltet. Die bisherige Geschichte der Koreanischen Volksdemokratischen Republik scheint jedoch das Gegenteil zu beweisen, nämlich, daß der Mensch die Historie gestaltet. Denn eine kritische Analyse der KVDR zeigt, daß die Geschichte der jungen Republik mit Kim Il Sung begonnen hat und durch ihn gestaltet worden ist“ (M. Y. Cho, Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Peking und P'yongyang 1949—1967, Otto Harrossowitz, Wiesbaden 1967, S. 18). Um so überraschender ist es, „daß niemand — außer ihm selbst, natürlich — Genaueres von seinem Ursprung und seiner Laufbahn bis zum Jahr 1945, als er in Nordkorea auftaucht, weiß“ (a. a. O.), ja daß es die verschiedensten, sehr widersprüchlichen Versionen darüber gibt.

Ein Mann der Legenden

Auffallend ist, daß fast jedes der in mehreren Sprachen erscheinenden Hefte von „Korea today“ und „Democratic People's Republic of Korea“ ausführliche Berichte über die angeblichen Heldentaten Kim Il Sungs vor 1945 enthält, wogegen aktuelle Artikel in bescheidener Aufmachung und seltener erscheinen. Man zeigt dabei nicht nur jede Phase seiner Betätigung als Sekretär der revolutionären Jugendorganisation in der Mandschurei (wohin seine Eltern übersiedelten) oder als Anführer einer koreanischen Partisanengruppe im Kampf gegen die Japaner, sondern stellt auch „die Mutter des Revolutionärs“ und den nicht weniger revolutionären Vater vor, die beide bereits tot sind. Gemälde zu diesem Thema sollen gemeinsam mit detaillierten Schilderungen die von Kindheit an sichtbare Vorherbestimmung des „Genossen Kim Il Sung, des großen Führers der 40 Millionen Koreaner, des Patrioten ohnegleichen, des Nationalhelden, des zauberhaften, unbesiegbaren Kommandanten mit eiserner Willenskraft, eines hervorragenden Leiters der kommunistischen und der internationalen Arbeiterbewegung“ („Corée“, P'yongyang, Nr. 97, 1968) aufzeigen. Man geht dabei nicht nur von der Auffassung aus, außer den 12 Millionen Nordkoreanern stünden auch die im Süden lebenden 29 Millionen Koreaner hinter Kim Il Sung, sondern baut damit auch viele Legenden auf, während man gleichzeitig wichtige Einzelheiten verschweigt.

Heute versucht man mit allen Mitteln den Beweis zu erbringen, er habe eigentlich die revolutionäre kommunistische Bewegung Koreas begründet. Doch steht fest, daß er weder zu einer der unter Exilkoreanern in der Sowjetunion und in China gegründeten koreanischen KPs noch zu der in Korea entstandenen KP irgendwelche Kontakte hatte. Er war vielmehr seit 1931 Mitglied der KP Chinas. Ein späterer Aufenthalt in der Sowjetunion läßt sich aus kommunistischen Quellen nicht ablesen. Sie behaupten vielmehr, er habe „Schulter an Schulter mit der Sowjetarmee“ nach der sowjetischen Kriegserklärung an Japan im August 1945 die Japaner bekämpft und sei „siegreich in das Vaterland zurückgekehrt, gerade in der schwierigen Zeit, als alle Aufgaben auf einmal erfüllt werden mußten“.

Nichtkommunistische Autoren dagegen führen eine Reihe von Beweisen an, daß die meisten dieser Angaben überhaupt falsch sind. Sie sind überzeugt, daß Kim sich lediglich geschickt den Namen Kim Il Sung zugelegt hat, in Wirklichkeit aber Kim Songju heiße und keineswegs eine so revolutionäre, bewundernswerte Vergangenheit hinter

sich habe. Nach diesen Quellen soll er 1941 nach Sibirien geflohen, Mitglied der KPdSU geworden sein und eine Ausbildung an der Militärschule in Chabarowsk erhalten haben. Im Rang eines Majors der Sowjetarmee sei er dann zusammen mit den Russen 1945 in Korea einmarschiert (vgl. M. Y. Cho, a. a. O., S. 19 ff.).

Sollten diese Behauptungen zutreffen, so müßte man von einem ganz besonders raffinierten Trick sprechen, da ein General Kim Il Sung unter der koreanischen Bevölkerung wegen seines antijapanischen Partisanenkampfes äußerst bekannt und berühmt war. Den Namen dieses — nach verschiedenen Quellen viel älteren und inzwischen längst verstorbene — Volkshelden anzunehmen, das wäre allerdings ein bezeichnender Entschluß und eine einigermaßen ausreichende Erklärung für die steile Karriere des bis dahin in der KP völlig unbekanntes Mannes. Heute muß man ihn — und er selbst unterstützt durch seine Taten und Reden noch dieses Bild — als den „Stalin Koreas“, als den schärfsten Stalinisten unserer Tage bezeichnen, der in mancher Hinsicht seinen Meister noch übertrifft. Die Ämterhäufung ist nur ein Aspekt dieser inzwischen in Ost und West gültigen Anschauung.

Säuberungen und Erfolge

Unter dem Schutz der Sowjets, die 1945 als Befreier von den Japanern ins Land kamen, dann aber bis 1948 in ihrem Einflußbereich nördlich des 38. Breitengrades die Rolle einer *Besatzungsmacht* übernahmen — ähnlich wie die Amerikaner im Süden des Landes —, baute er seine Machtposition Stück für Stück aus. Dabei hatte er im Grunde gegen vier Richtungen anzukämpfen, die alle eher prädestiniert gewesen wären für die Führungsrolle: die aus China und der Sowjetunion zurückgekehrten koreanischen Kommunisten sowie die am Ort gegründete Partei und nicht zuletzt die nicht-kommunistischen, nationalistischen Parteigruppierungen. Letztere, insbesondere die „Koreanische Demokratische Partei“, in der viele Christen führend waren, brachten die besten Voraussetzungen für die schwierige Aufgabe einer Regierungsgründung mit. Der allseits bekannte und anerkannte christliche Nationalist *Cho Man-sik* wäre in der Lage gewesen, als Führer des gesamten Korea anerkannt zu werden, doch hinderten ihn die sowjetischen Besatzer sehr bald an der weiteren Tätigkeit.

Gleichzeitig bemühte sich Kim Il Sung, die einzelnen kommunistischen Fraktionen auf einen Nenner zu bringen. Durch Vereinigung der China-Fraktion mit der „Neuen Volkspartei“ gelang ihm im Juli 1946 die Bildung der PAK, wobei zunächst der Einfluß der gemäßigten „Neuen Volkspartei“ eingedämmt wurde. In der Folgezeit durchsetzte er nicht nur die nicht-kommunistische „Demokratische Partei“ und die „Ch'ongu-Partei“ der Ch'ondo-Religion mit ihm genehmen Leuten, sondern schaltete in vier großen Säuberungen, die letzte im Oktober 1966, alle anderen Richtungen innerhalb der Kommunistischen Partei aus, indem er sie gegeneinander ausspielte oder als Verräter am Marxismus-Leninismus hinstellte. Seit Oktober 1966 hat er innerhalb der ganz auf seine Linie eingeschworenen Partei zudem das Militär besonders in den Vordergrund gerückt. Immerhin haben die *Änderungen in der Führungsspitze* trotz der Standfestigkeit Kims doch gezeigt, daß seine Person und Politik keineswegs unumstritten sind. Die beiden nicht-kommunistischen Parteien bestehen auf dem Papier wei-

ter, wenn sie auch keine lokalen Parteigremien haben, sind aber von Anfang an mit kommunistischen Funktionären besetzt worden, nachdem die Gründer und Führer sich meist zur Flucht in den Süden des Landes veranlaßt sahen.

Fragt man sich, wie sich der Norden Koreas seit Begründung der Volksrepublik im Jahre 1948 entwickelt hat, so muß man davon ausgehen, daß die eigentliche Entwicklung erst 1954 beginnen konnte, da der Korea-Krieg die ersten Anfänge von 1948 bis 1950 natürlich wieder zerstört hatte. Der damalige Versuch des Nordens, mit militärischer Gewalt das Land unter kommunistischer Regie zu vereinen, forderte nicht nur Millionen Menschenopfer, sondern zerstörte die meisten Grundlagen der Wirtschaft Nord- und Südkoreas. Der Fünfjahresplan von 1957 bis 1961 brachte den eigentlichen Wechsel zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Der Norden war beim *Aufbau der Industrie* gegenüber dem Süden erheblich im Vorteil, da auch schon vor 1945 die Japaner die Schwerindustrie in der nördlichen Landeshälfte konzentriert hatten, während der Süden größtenteils der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten diente. Da auch die meisten Rohstoffvorkommen im Norden anzutreffen sind, gilt Nordkorea heute neben Japan als einziges Land Asiens, in dem die Industrie den größeren Teil zum Sozialprodukt beiträgt. Die günstige Produktionsbasis hat das Land weitgehend importunabhängig gemacht. Rückschläge gab es allerdings vor einiger Zeit, als Sowjets und Chinesen — wegen der neutralen Haltung P'yongyangs — ihre Techniker, Experten und Ausbilder zurückzogen. Neuerdings hilft die Sowjetunion wieder, die vorhandenen Handelslücken aufzufüllen. Waren 1946 noch 74% der Bevölkerung des Nordens Bauern, so 1960 nur noch 44%, der Anteil der Arbeiter und Angestellten stieg im gleichen Zeitraum von 18,7% auf 52,7%. Nach einer ersten Landreform noch unter sowjetischer Besatzung 1946, bei der jeglicher Landbesitz über fünf ha an 724 500 landlose Bauern und Kleinbauern verteilt wurde, setzte 1958 eine intensive Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft ein. Ende 1963 sollen 1 067 000 Haushalte in 3732 landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammengeschlossen gewesen sein, die rund 90% des kultivierten Bodens bearbeiteten und 84% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion stellten. Die restlichen 10% wurden von 190 großen Staatsfarmen betreut, denen man auch die gesamte Viehzucht übertragen hat. Die Genossenschaften — ursprünglich hatte man mit einem System wie den chinesischen Volkskommunen sympathisiert — sind gleichzeitig als gesellschaftliche Grundeinheiten anzusehen, die Gesicht und Aufbau wohl der herkömmlichen Familien- als auch Dorfstruktur völlig verändert haben. Kenner Koreas sehen in dieser Umstrukturierung den bemerkenswertesten Erfolg der kommunistischen Führung. Das seit jeher stark zum Individualismus neigende und gleichzeitig durch festgefügte Ordnungen im Großfamiliensystem als wichtigster gesellschaftlicher Einheit verankerte koreanische Volk konnte in einem Maße kollektiviert werden, wie es niemand vermutet hatte. Die Aufhebung der krassen Unterschiede zwischen Stadt und Land, die weitgehend einheitliche Versorgung der Bevölkerung und die Fortschritte in der Technisierung haben sicherlich noch zu diesem Prozeß beigetragen.

Allerdings ist mittlerweile der Höhepunkt überschritten, da die Wirtschaft des Landes stagniert, wenn sie nicht gar

rückläufig ist. Hauptgrund dafür dürfte die verstärkte Rüstung und die allgemeine Ausrichtung auf eine militärische Auseinandersetzung sein. Die aggressiven Töne und Wühlarbeit im Süden haben in letzter Zeit erheblich zugenommen. Inzwischen scheint festzustehen, daß die erste Aufgabe der Agentengruppen darin besteht, die Grundlage für eine revolutionäre Oppositionsgruppe oder eine Partisanenbewegung im Süden zu legen. Die Erfolge in dieser Richtung sind bisher — vielleicht nicht zuletzt wegen der harten Antikommunismusgesetze Südkoreas aus dem Jahre 1961 — äußerst gering. Ohne eine solche Bewegung im Süden dürfte es Nordkorea jedoch schwerfallen, Anhänger oder Unterstützung für seine These zu finden, der Süden warte nur auf seine Befreiung durch den Norden und die „Wiedervereinigung durch Waffengewalt“. Die Ersetzung ehemals bekannter Funktionäre in der Parteispitze durch *Militärs* im Oktober 1966 könnte ein Indiz dafür sein, daß sich der militante Flügel, der sicherlich die Billigung von Kim Il Sung findet, durchzusetzen vermochte.

Zwischen Moskau und Peking

Über innerparteiliche Diskussionen unter den rund 1,5 Millionen Parteimitgliedern ist natürlich kaum etwas bekannt. Es könnte durchaus sein, daß ein Teil von ihnen befürchtet, mit dieser harten Welle isoliere man sich noch mehr als bisher schon und verspiele vielleicht das bereits Erreichte. Zwar existieren seit Juli 1961 Beistandspakte mit der Volksrepublik China und der Sowjetunion, doch gibt es berechtigte Zweifel, ob sich die Partner heute noch vorbehaltlos daran gebunden fühlen.

Die Volksrepublik China dürfte sich vor einem solchen Einsatz fragen, ob nicht der sozialistische Bruder in Nordkorea zu undankbar für eine Unterstützung ist. Abgesehen von vielfältigen Differenzen der letzten Zeit zwischen den beiden asiatischen Ländern, dürfte es Peking nicht übersehen haben, daß „auch der Kommunismus . . . offenbar nicht viel an der uralten Tatsache zu ändern vermochte, daß der Koreaner den Chinesen gegenüber eine Mischung aus Mißtrauen, Respekt und Furcht empfindet. In der nordkoreanischen Literatur über den Koreakrieg ist von der rotchinesischen Hilfe, die im Herbst 1950 den völligen militärischen Zusammenbruch Nordkoreas verhinderte, kaum je die Rede“ („Neue Zürcher Zeitung“, 13. 8. 67).

In den Beziehungen zwischen Peking und P'yongyang läßt sich ein ständiger Wandel aufzeigen. Gaben zunächst die Sowjets die größte Hilfe, so stand die Volksrepublik China ab 1953 an der Spitze der sozialistischen Brüder. Lange Zeit galten Nordvietnam und Nordkorea als die engsten Anhänger Chinas, besonders in den späteren Differenzen zwischen Moskau und Peking. Allerdings hatte Kim Il Sung bereits ab 1955 versucht, einen eigenen *koreanischen Sozialismus* herauszubilden. Dabei startete er zunächst lediglich Aktionen, die — unter anderem Namen — doch sehr an Aktivitäten Chinas erinnerten. Wollte er 1955 mit der Frage: „Obwohl einige sagen, daß der sowjetische Weg der beste sei, haben wir nicht den Punkt erreicht, in dem wir unseren eigenen Weg konstruieren können?“ (North Korea today, hrsg. R. A. Scalapino, Praeger, New York/London 1963, S. 24) wahrscheinlich nur die beiden einseitig fixierten Fraktionen innerhalb der Partei loswerden, so bemühte er sich in der Folgezeit bis heute darum, auch außenpolitisch

einen eigenen Weg einzuschlagen und das koreanische Volk mit einer speziellen, verständlichen Ideologie des Kommunismus zu versorgen.

In den ersten Jahren zeigten sich nämlich überall ideologische Mängel, die man erst allmählich mit Hilfe des Ausbaues des Erziehungswesens abzubauen hoffte. So besuchten 1965 rund 2,3 Millionen Schüler die 8407 Schulen und 342 000 Studenten die drei Universitäten und verschiedenen Colleges. Es besteht eine allgemeine siebenjährige Schulpflicht seit 1956, bei der neben einer verpflichtenden technischen Ausbildung für alle im Mittelpunkt die Schriften von Kim Il Sung stehen. Diese enthalten zwar keine ausgearbeitete spezielle Konzeption für die Verhältnisse Koreas, dafür aber Anleitungen für die Massenmobilisierung. Zwischen 1960 und 1965 war das Band zu China enger als je zuvor, während die Beziehungen zur Sowjetunion 1965 ihren Tiefpunkt erreichten.

1966 dann proklamierte Nordkorea offiziell die Selbständigkeit und „Neutralität“ und hielt nur sehr geringe Kontakte zu Moskau und Peking, bis es 1968 allmählich wieder zu einer Annäherung an Moskau kam. Der Bruch mit China wurde mit mangelnder Unterstützung Pekings für Vietnam und steigendem „Dogmatismus“ der dortigen Führung begründet, der ebenso wie der sowjetische „Revisionismus“ für Korea nicht in Frage komme. Auch die chinesische *Kulturrevolution* trug zu der Verstimmung bei. Kim Il Sung ruft zwar auch ständig zur Wachsamkeit gegenüber den „Überresten alter, feudaler, bourgeoiser und halbbürgerlicher Ideen in den Köpfen der Arbeiter und dem Virus reaktionärer von außen kommender kapitalistischer Anschauungen“ (Korea today, Nr. 148, 1968) auf, glaubt aber, daß man dabei von jeglicher Gewalt absehen sollte und es „mit Überzeugung und Erziehung“ versuchen müsse. Vielleicht hat er sein kleineres Volk eher im Griff und noch mehr isoliert, daß er es sich leisten kann, die „Roten Garden“ in China abschätzig zu beurteilen, eben jene „Rotgardisten“, die ihn während der Kulturrevolution in China als einen „fetten Revisionisten“ beschimpften.

Die Linie der Partei für die *augenblickliche Politik* wurde in dem Artikel „Laßt uns die Selbständigkeit wahren“ der Parteizeitung „Nodong Sinnum“ am 12. August 1966 festgelegt und in der Parteiversammlung im Oktober 1966 gebilligt. (Eigentlich hätte ein Parteikongreß stattfinden müssen, doch wahrscheinlich um einer Auseinandersetzung vor der Öffentlichkeit der kommunistischen Bruderparteien auszuweichen, die zu einem solchen Kongreß üblicherweise geladen werden, berief man lediglich eine Parteiversammlung ein, deren Beschlüsse und Beratungen geheimgehalten werden konnten.) In dem Artikel wurde erneut das seit 1955 propagierte Prinzip der „Chuch'e“, der *Selbstidentität*, herausgestellt. Ein wichtiger Unterschied zu China zeigte sich darin, daß man betonte, „alles Patriotische, Volkstümliche, das von unserem eigenen Volk geschaffen wurde“, solle man unbedingt „übernehmen und auf einer neuen Grundlage weiterentwickeln. Es wäre nicht gut, alle Vermächnisse der alten Gesellschaft abzulehnen, weil sie in der einen oder anderen Weise mit den Ausbeuterklassen verknüpft sind. Bei der Einschätzung des Erbes der nationalen Kultur dürfen das Klassenprinzip und das Prinzip des Historismus nicht voneinander getrennt, sondern müssen richtig verbunden werden“ (zit. nach *M. Y. Cho*, a. a. O., S. 163).

Ausschaltung der Religionsgemeinschaften

Sucht man in diesem Zusammenhang nach Hinweisen auf die Einstellung der Partei und Regierung zu den *Religionen*, so stellt man bald fest, daß diese heute nicht mehr direkt erwähnt werden. Es fragt sich aber, ob damit die allgemein übliche Feststellung westlicher Literatur und Berichterstattung belegt werden kann, in Nordkorea sei keinerlei religiöses Leben mehr vorhanden. Bisher hat die Regierung nicht — wie etwa Albanien (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 192 ff.) — offiziell verkündet, man habe einen absolut atheistischen Staat aufgebaut, doch fällt es auf der anderen Seite auch schwer, Spuren eines religiösen Lebens aufzuzeigen.

Vor 1945 waren besonders der Buddhismus, der Konfuzianismus und vom Christentum die Presbyterianer und Methodisten in Nordkorea verbreitet. Wenn die Japaner auch wegen ihres Zwanges, daß alle Koreaner dem Shintoismus huldigen mußten, die Religionen sehr behinderten, ja teilweise regelrecht verfolgten und oft in einer Zerreißprobe zwischen den Befürwortern und Gegnern dieser obligatorischen Verehrung geführt haben, so gab es dennoch nach der Befreiung 1945 hoffnungsvolle Ansätze für Verbreitung und neue Aktivierung der Religionen. Sehr bald allerdings wurden beispielsweise die Christen aus ihren führenden Positionen verdrängt und die christliche bzw. die von der koreanischen Ch'ondo-(Volks-) Religion begründete Partei von Kommunisten übernommen.

Über die Ausmaße der direkten Aktionen gegen die Kirchen wird man vermutlich nie genaue Angaben erhalten. Es kam bis 1950 nicht nur zur Vertreibung aller ausländischen Missionare, sondern auch zu einer rigorosen Unterdrückung und blutigen Verfolgung aller Führer und Anhänger von religiösen Gruppen. Waren zunächst die Sowjets daran stark beteiligt, so setzte die neue Regierung ab 1948 das Werk konsequent fort. Zwar enthielten sowohl das sogenannte 20-Punkte-Programm der Anfangszeit als auch die heute noch gültige Verfassung in ihrem Artikel 14 Schutzbestimmungen für die „Freiheit des Glaubens und der religiösen Aktivitäten“, doch konnte dieses Papier die Realität nicht beeinflussen.

Im Zuge der Landreform vom März 1946 hatte man die Religionsgemeinschaften bereits durch die ersatzlose Einbeziehung des gesamten Grundbesitzes ihrer finanziellen Basis beraubt. Da auch noch die Unterstützung vom Ausland ausbleiben mußte und in einer zweiten Welle Verbote zur Wiedererrichtung von zerstörten Kirchen und Tempeln ausgesprochen wurden und man schließlich sämtliche kirchlichen Gebäude für andere Zwecke gebrauchte, war das äußere Bild der Kirchen schnell zerstört. Schließlich erging im Zusammenhang mit einer Verurteilung der Religionen als „anti-revolutionäre Aktivitäten“ auch noch ein Verbot von Kulthandlungen. Von den 2000 christlichen Gebäuden, die die japanische Zeit überdauert hatten, soll keine mehr für Gottesdienste zur Verfügung stehen.

Rund 300 000 Christen (vor allem Methodisten und Presbyterianer), darunter nur 30 000 Katholiken, sollen 1945 im Bereich des heutigen Nordkorea gelebt haben. Da aber unter den rund fünf Millionen Flüchtlingen nach Süden sicherlich viele von diesen Christen gewesen sind, dürfte die Zahl schon bald sehr viel geringer gewesen sein. Einige Angaben über das Ausmaß der Verfolgung machte der südkoreanische Vertreter bei den Vereinten

Nationen, *Ben C. Limb*, im Mai 1951, als er Anklage gegen den Norden wegen Völkermordes erhob. Nach seinen Angaben sei zunächst hauptsächlich an religiösen Gruppen, speziell den Katholiken und Protestanten, Mord geübt worden, wobei allein die katholische Kirche sechs Bischöfe und ca. 100 Priester verloren habe.

Im „Korean Catholic Directory“ für 1968 werden die Diözesen Nordkoreas aufgeführt, in der allgemeinen Statistik jedoch nicht berücksichtigt. So wird als Administrator der Diözese P'yongyang, also mit Sitz in der Hauptstadt Nordkoreas, Msgr. *G. Carroll* genannt und als Administrator für die Diözesen Hamheung und Yeon-Gil Msgr. *T. Bitterly*, deren Anschriften jeweils „Seoul“ im Süden des Landes lauteten. P'yongyang und Hamheung wurden am 25. März 1962 von Apostolischen Vikariaten zu Diözesen erhoben, während Yeon-Gil bereits am 11. April 1946 diesen Status erhielt. Das „Annuario Pontificio“ nennt seit einiger Zeit die Angaben für 1963, wonach in P'yongyang 20 Diözesanpriester, 12 Alumen und eine Niederlassung eines weiblichen Ordens mit 59 Mitgliedern nachzuweisen gewesen sei. Aus Hamheung wurden — fußend auf Angaben von 1960 — sogar 105 Kirchen, 13 Pfarreien, 5 Diözesanpriester, 17 Alumen, 22 Ordenspriester, 3 Neupriester und verschiedene Orden angegeben.

Lediglich buddhistische Tempel hat man als historische Monumente teilweise wiedererrichtet. Die wenigen ausländischen Besucher bekommen sie gezeigt. Ansonsten legt man noch nicht einmal Wert auf den Anschein, als gäbe es noch religiöse Gruppen. So findet sich in den Publikationen Nordkoreas für das Ausland nie auch nur ein kurzer Hinweis auf etwaige Gruppen dieser Art. Nur aus genauem Studium der koreanischen Presse lassen sich einige Schlüsse ableiten. Das wichtigste Dokument dieser Art stellt die für die Partearbeit zusammengestellte Bro-

schüre „Warum wir gegen die Religion sein müssen“ aus dem Jahre 1959 dar. Es hieß darin, daß die „Überbleibsel der unwissenschaftlichen Religion und des Aberglaubens, die noch bei uns bestehen, rigoros ausgerottet“ werden sollten. Religion wird darin definiert als „künstliche, weltfremde Vollendung, die Unterwerfung verlange“ und gegen die die PAK kompromißlose ankämpfen müsse.

Immerhin ist interessant, daß zugegeben wird, daß „böswillige Religionsmänner“ weiterhin aktiv seien und versuchten, ihren Glauben zu verbreiten (vgl. „Study of North Korea“, Seoul 1968). Hatte man in der Anleitung noch zum Kampf gegen diese Menschen aufgerufen, so konnte man verschiedenen Notizen in der Presse der Jahre 1960 und 1961 entnehmen, daß es zu einer gesteuerten Anti-Religionsbewegung der Massen gekommen war, bei der z. B. am 17. August 1960 in Haejoo öffentlich acht Christen erschossen wurden. Sind die Meldungen seitdem auch spärlicher geworden, so lassen sich zumindest aus den Reden Kim Il Sung's zum 20. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik noch verschiedentlich Hinweise auf die Arbeit religiöser Gruppen im Untergrund und die Furcht des Regimes davor ableiten.

Dürften die Chinesen über die Religionspolitik der Koreaner auch erfreut sein, so gibt es doch noch eine Menge von Problemen zwischen den beiden Parteien. Inwieweit Moskau in Zukunft mäßigend wirken kann, läßt sich schwer voraussagen. Nicht zuletzt aber wegen der grausamen Verfolgung der Religionen auch während des Korea-Krieges im Süden des Landes dürfte es Kim Il Sung schwerfallen, den dritten für eine Einnahme des Südens unbedingt erforderlichen Bundesgenossen, das südkoreanische Volk, für sich zu gewinnen. Ob damit seine Aggressivität nur ein Scheingefecht ist oder nicht, das werden erst die kommenden Entwicklungen zeigen.

Dokumentation

Die Priesterfrage auf dem Europäischen Bischofssymposium

Wie bereits aus ausführlichen Berichten aus der Tagespresse bekannt (vgl. auch dieses Heft S. 349), bildete die Priesterfrage ausschließlich des Zölibatsproblems das eigentliche Thema des europäischen Bischofssymposiums in Chur. Zwei Dokumente der Tagung scheinen in besonderer Weise geeignet, den Stand des Themas sowohl aus bischöflicher Sicht wie aus der Sicht der Priester selbst zu dokumentieren: das Einleitungsreferat von Kardinal Döpfner über „Das Bleibende und Sich-Wandelnde im Priestertum der Kirche“ und der Bericht von Msgr. *J. Dellepoort*, Direktor des Instituts für europäische Priesterhilfe in Maastricht, über den „Priester in einer sich ändernden Welt“, in dem über eine für das Symposium improvisierte Umfrage, an der etwa 350 Priester aus elf europäischen Ländern beteiligt waren, referiert wurde. Während das Referat von Kardinal Döpfner den theologischen Stand der Diskussion festzuhalten versucht, gibt der Bericht von Dellepoort Auskunft über die vorherrschenden Meinungen innerhalb des Klerus selbst. Wenn auch beide Referate nicht auf Vollständigkeit angelegt sind, so geben sie doch die wesentlichen Daten wieder und bezeichnen die Richtung, in der die Priesterfrage in nächster Zeit auch innerhalb der Amtskirche weiterdiskutiert werden dürfte. Deswegen veröffentlichen wir beide Referate, das letztere, das der Presse nur in verkürzter Form zur Verfügung gestellt wurde, mit leichten stilistischen Veränderungen, im Wortlaut.

Das Bleibende und Sichwandelnde am Priestertum

Das Thema unseres Symposiums: „Der Priester in Welt und Kirche von heute“ läßt in seiner allgemeinen, rein sachlichen Formulierung die Dringlichkeit des Gegenstandes unserer Beratungen für den Außenstehenden vielleicht nicht so ganz zum Vorschein kommen. Eher noch das Thema dieses Eröffnungsvortrages: „Das Bleibende und Sich-Wandelnde im Priestertum der Kirche“. Um die ganze Komplexität und aktuelle Dringlichkeit dieses Problems deutlich zu machen, wollen wir die augenblickliche Situation des Priesters kurz umreißen, nach der grundsätzlichen Möglichkeit einer Neubestimmung seines Amtes fragen und versuchen, aus der Schrift und dem II. Vatikanischen Konzil das Wesen des Amtspriestertums näher zu bestimmen.

I. Die Situation in dieser Frage

Es kann wohl kein Zweifel sein: In der nachkonziliaren Kirche gibt es Unruhe, Unsicherheit, gelegentlich auch Protest. Davon sind die Priester nicht ausgenommen. Das ist nicht von ungefähr. Die Rollenunsicherheit des Priesters in der Kirche wie in der profanen Gesellschaft ist in den letzten Jahren immer